

Mundfunk

S-05-2010: Gerechtigkeit geht anders; Auswirkungen des Sparpakets der schwarz-gelben Bundesregierung auf Bayern

Gerechtigkeit gibt es nicht zum Nulltarif. Für Investitionen statt Sozialkürzungen

Christa Steiger MdL zu den Auswirkungen des unsozialen Sparpakets der schwarz-gelben Bundesregierung auf Bayern

Das schwarz-gelbe Sparpaket des Bundes verschärft die soziale Schieflage in Bayern. Davor hat die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Christa Steiger, MdL gewarnt. "Vor allem Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Empfänger haben unter den Kürzungen zu leiden, die die Bundesregierung mit ihrem Gesetzesentwurf zum Haushaltsbegleitgesetz 2011 plant. Das sind Menschen, die eigentlich ganz besonders die Hilfe und die Unterstützung des Staates brauchen", kritisierte Christa Steiger vor der Presse in München. Sie kündigte den Widerstand der SPD-Landtagsfraktion gegen den vom Bund verordneten Spardruck an: "Gerechtigkeit gibt es nicht zum Nulltarif. Gerade in der Sozialpolitik sind Investitionen notwendig", sagte sie mit Blick auf die anstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt des Freistaats in den nächsten Monaten. "Die Landespolitik muss ausgleichend wirken, darauf werden wir in den Haushaltsberatungen in Bayern dringen". Zudem setzt die SPD-Sozialsprecherin auf soziale Korrekturen durch den Bundesrat, in dem schwarz-gelb nicht die Mehrheit hat."

Das sogenannte "Sparpaket" der Bundesregierung sieht von 2011 bis 2014 im Bundeshaushalt Ausgabenkürzungen von insgesamt rund 82 Milliarden Euro vor. Mit einem Anteil von 30 Milliarden Euro bzw. 37% entfällt der größte Anteil auf den Sozialbereich. Zwischen 2011 und 2014 muss der Freistaat allein im Sozialbereich Einsparungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro hinnehmen, erklärte die SPD-Sozialsprecherin mit Verweis auf eine Untersuchung der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbands.

Zudem drohen wegen des Landesbankdesasters im bayerischen Doppelhaushalt zusätzliche Sozialkürzungen. Bemerkenswert ist, dass die Auswirkungen für die Städte und ländlichen Regionen sehr unterschiedlich ausfallen. Diese "Einsparungen" werden vor allem von Jahr zu Jahr deutlich steigen und verschärfen die Folgen der verfehlten bayerischen Regionalpolitik weiter zu Lasten der ländlichen Räume.

Die Analyse: Auswirkungen des unsozialen Sparpakets von Schwarz-Gelb auf Bayern

Die von der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes errechneten Zahlen zeigen deutlich die zum Teil erschreckenden Fakten für Bayern auf:

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Haushaltsbegleitgesetz 2011 (das sogenannte „Sparpaket“) sieht von 2011 bis 2014 im Bundeshaushalt Ausgabenkürzungen von insgesamt rund 82 Milliarden Euro vor. Mit einem Anteil von 30 Milliarden Euro bzw. 37% entfällt der größte Anteil auf den Sozialbereich.

Die Einsparungen betreffen unter anderem die folgenden Bereiche:

Elterngeld: Die Ersatzrate wird gesenkt und das Elterngeld wird in Zukunft beim Bezug von Leistungen nach dem SGB II bzw. dem SGB XII angerechnet.

ALG II-Zuschlag: Der befristete Zuschlag bei erstmaligem Bezug von ALG II wird gestrichen.

Zuschuss an Rentenversicherung bei ALG II: Der Zuschuss an die Rentenversicherung beim Bezug von ALG II wird abgeschafft.

Heizkostenzuschuss bei Wohngeldbezug: Der Heizkostenzuschuss im Wohngeldgesetz wird gestrichen.

Pflicht- und Ermessensleistungen in SGB II / SGB III: Im den Rechtskreisen von SGB II und SGB III werden Pflicht- durch Ermessensleistungen ersetzt (Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten im Gesamtbudget des Bundes).

Die Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes hat die Auswirkungen der Sozialkürzungen der Bundesregierung auf die Bundesländer, Landkreise und Städte in Deutschland berechnet. Nach diesen Berechnungen werden pro Einwohner in Deutschland die Sozialleistungen zwischen 2011 und 2014 jährlich um rund 45 Euro gekürzt. Dabei ist zu beachten, dass in den Jahren 2011 und 2012 zunächst nur ein kleinerer Teil der Kürzungen im Sozialbereich wirksam wird. Fast drei Viertel der Kürzungen werden erst in den Jahren 2013 und 2014 wirksam.

Das unsoziale Sparpaket der Bundesregierung hat auch Auswirkungen auf Bayern:
Zwischen 2011 und 2014 muss Bayern wegen des Sparpakets der Bundesregierung allein im Sozialbereich Einsparungen in der Höhe von 1,1 Milliarden Euro hinnehmen. Die Sozialkürzungen der Bundesregierung treffen die Kreise und kreisfreien Städte in Bayern sehr unterschiedlich. Der jährliche Kürzungsbetrag je Einwohner liegt zwischen 8,36 Euro im Landkreis Eichstätt und 59,09 Euro in der Stadt Hof.

Die Städte in Bayern sind insgesamt stärker von den Kürzungen betroffen als die Landkreise. Von den Landkreisen sind insbesondere jene im nordöstlichen Oberfranken und in der nördlichen Oberpfalz betroffen. Damit verschärft das Sparpaket der Bundesregierung die Folgen einer verfehlten Regionalpolitik der Bayerischen Staatsregierung.

In den anderen Bundesländern sind die Auswirkungen des unsozialen Sparpakets noch wesentlich drastischer als in Bayern. Die Kürzungen je Einwohner und Jahr sind im bundesdeutschen Durchschnitt etwa doppelt so hoch wie in Bayern. Dies ist auf den relativ niedrigen Anteil von Langzeitarbeitslosen und ALG-II-Beziehern in Bayern zurückzuführen.

Alle Daten sind im Detail zu finden:

Unter unseren Verhältnissen II ... Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011-2014 - Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbands.

Geplante Kürzungen 2011-2014 nach Bundesländern (Tabelle A, Atlas der Sozialkürzungen)